



öffentlich

Betreff:

Erhalt Arbeitsgericht Potsdam

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Erstellungsdatum 05.01.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung Gremium

Zuständigkeit

27.01.2021 Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam spricht sich für den Erhalt des Arbeitsgerichts am Standort Potsdam aus.

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Interesse einer bürgernahen Gerichtsstruktur die öffentlich gewordenen Planungen zur Schließung des Gerichtsstandorts in Potsdam nicht weiter zu verfolgen.

gez. Dr. S. Müller, St. Wollenberg; S. Hüneke, Dr. G. Zöllner
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Arbeitsgericht in Potsdam ist das nach wie vor am höchsten ausgelastete Arbeitsgericht im Land Brandenburg. Vor dem Hintergrund der Pandemie ist die Zahl der Fälle am Arbeitsgericht deutlich angestiegen. Es ist damit zu rechnen, dass diese Tendenz anhält. Zudem wäre im Falle einer Schließung Potsdam die einzige Landeshauptstadt in der Bundesrepublik, die kein Arbeitsgericht hat.